

Ein neuer Mantel für die PDS

Juli 2005

Inhalt

Zusammenfassung vorweg

Der eilige Weg aus der Selbständigkeit der WASG

Situation der PDS – Zahlen und Fakten

Wege aus der Agonie der PDS

1. Das Trauma der verlorenen Bundestagswahl 2002
2. Das Projekt PDSplus
3. Erste Entwürfe der WASG
4. Der Fahrplan für die Übernahme wird festgelegt
5. Koalition mit Rot/Grün?

Ungelöste Probleme der PDS treffen auf ungelöste Probleme der WASG

Mühlstein Lafontaine

Bürokratie gerettet – Zukunftsoption im Kindbett erwürgt

Anhang:

Der personelle Kern der neuen „Linkspartei“

Verwendete Literatur

*„Nicht den Menschen am Irrtum zu hindern, sondern den Irrenden zu leiten ist unser höchstes Streben.“
Goethe, Wilhelm Meister*

Zusammenfassung vorweg

Der Bundesvorstand der **WASG** hat vor der Landtagswahl in **Nordrhein-Westfalen** stets, im Einklang mit der Basis, die Eigenständigkeit der WASG sowie ihren **Bündnischarakter** betont. Nach der Wahl in NRW, unter dem Eindruck der vorgezogenen Bundestagswahl, änderte der BuVo seinen Kurs um **180 Grad**. Plötzlich tat der Vorstand alles, um die WASG so schnell wie möglich der PDS zuzuführen. Vorbereitungen zu einem eigenständigen Wahlkampf wurden abgewürgt. Der BuVo führt die WASG sehenden Auges in den **Bankrott**.

Es gibt eine Reihe von **Indizien**, daß die PDS, zusammen mit Kollaborateuren bei der WASG, die **Übernahme schon lange geplant** hatte. Vordenker der PDS hatten das Konzept einer **westdeutschen Sozialpartei** links von der SPD schon ab 2002 in der Schublade.

Die PDS-Vordenker taten dieses aus **nackter Überlebensnotwendigkeit**. Denn die PDS ist hoffnungslos **überaltert**. Ihre **traditionellen Infrastrukturen** brechen im Raketentempo **weg**. Die **PDS-Führung** leidet unter **Relitätsverlust** und zieht sich in

parlamentarisch-administrative Sphären zurück. Die **Strukturkrisen der PDS** werden nach der **Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 2002** offensichtlich. Dies ist der **Wendepunkt**, wo bei der PDS-eigenen **Rosa-Luxemburg-Stiftung** laut nachgedacht wird über Rettungswege.

Eine RLS-Studie von Ende 2002 von **André Brie/Michael Brie/Michael Chrapa** geht noch von einer inneren **Reformfähigkeit** der PDS aus, und macht eine Reihe vernünftiger **Vorschläge**. Jedoch bringt der nachfolgende **Geraer Parteitag** bei der PDS keine Reformansätze. Der alte **Schlendrian** geht weiter. Daraufhin verfaßt **Michael Brie** im **Mai 2003** eine Studie mit einem ganz neuen Konzept: **PDSPlus**.

Die PDS soll sich wenigstens als **Volkspartei in Ostdeutschland** konsolidieren. Das Überleben der PDS ist aber nur denkbar, wenn in Westdeutschland eine **neue Sozialpartei** gegründet wird, die dem Anschein nach selbständig ist. Ein „**personeller Kern**“ soll aber tatsächlich die **Anbindung** an die PDS gewährleisten. Die neue Westpartei soll jene Wähler erreichen, die nicht mehr die Altparteien wählen, aber auch die PDS nicht wählen wollen.

Im Februar verfaßt PDS- und RLS-Mitglied **Ralf Krämer** auf westdeutscher Seite das **Gründungsmanifest** dieser neuen Sozialpartei West. Durch eine geschickte Heimlichtuerei wird die Mainstreampresse angelockt, und das Wort von der **linkspopulistischen Partei** macht die Runde. Gesprächskreise gründen sich in Westdeutschland. Sie bilden den Kern der neuen Sozialpartei. PDS-Strategen wie **Joachim Bischoff** leiten die spontanen Initiativen in die richtigen – PDS-kompatiblen - Kanäle.

Diesen Kreisen ist schon lange klar, daß im Falle eines angestrebten gemeinsamen Wahlkampfauftrittes der neuen WASG und der alten PDS nur eine der beiden Parteien ihre Liste beim Wahlleiter anmelden kann. Und es ist auch klar, daß die WASG-Kandidaten bei der PDS hospitierten müssen. RLS-Theoretiker **Rainer Rilling/Christoph Spehr** nehmen das Problem der Wahlliste gedanklich vorweg.

Während der Übernahmeprozess der WASG durch die PDS noch gar nicht richtig abgeschlossen ist, denkt WASG-Bundesvorstandsmitglied und Linkskurve-Autorin **Christine Buchholz** bereits über eine mögliche **Koalition der „Linkspartei“ mit Rot/Grün** nach.

Die Ausführung des **Übernahmeprozesses** ist eine **einzigste Katastrophe**. Zu den ungelösten Problemen der PDS gruppieren sich nunmehr die **ungelösten Probleme** mangelnder Transparenz und Inhaltslosigkeit seitens der WASG. Und obendrauf gepfropft betreibt Spitzenkandidat **Oscar Lafontaine** seinen eigenen **Freistil-Wahlkampf**.

Operation gelungen, Patient tot. Der Einzug in den Bundestag könnte wohl gelingen. Allerdings würde dieser Erfolg im Prinzip nur die **Fortexistenz des bürokratischen Apparates** der PDS sicherstellen. Der **Katzenjammer** bei Bundestagsfraktion und gefoppten Wählern ist **vorprogrammiert**, dank der o.g. Faktoren.

Der eilige Weg aus der Selbständigkeit der WASG

„Watt kümmert misch mäin Jeschwätz von Jüstern!“ Konrad Adenauer

An dieser Stelle können die inneren Wandlungsprozesse der WASG nur stichwortartig angedeutet werden. Die genaue Erforschung der Entwicklung jener extrem kurzlebigen Sozialpartei muß in einer weiteren Studie an anderem Ort erfolgen.

Als die beiden Initiativen „**Wahlalternative**“ und die „**Arbeit und Soziale Gerechtigkeit**“ sich im Jahre 2004 zur „**Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit**“ zusammenschlossen, bestand über das ganze Spektrum dieses neuen

Bündnisses Einigkeit, daß man eine eigenständige Politik machen wolle, die sich erkennbar von den Positionen aller anderen Parteien – einschließlich der PDS – unterscheiden solle. Ausgehend von dem theoretischen Grundstock der Bremer **Memorandum-Gruppe**, sollte eine Politik der Umverteilung von oben nach unten gefördert werden. Über den Hebel der Steuerpolitik sollte die Binnennachfrage angekurbelt werden. Durch ein höheres Einnahmevermögen wäre der Staat dann in der Lage, eine soziale Politik zu gestalten.

Und es bestand Einigkeit darüber, daß angesichts des Umfangs der zu schulternden Aufgaben ein politisches **Bündnis** angestrebt werden müsse, das über die Links-Rechts-Schemata weit hinauszugehen habe. So sagte Axel **Troost** in der jungen Welt am 2.11.2004: „Die WASG ist ein breites Wahlbündnis, das sich nicht als Linkspartei, sondern als Bündnis versteht.“ Dieses Bündnis schlosse Leute mit Positionen, wie **Blüm** und **Geißler** sie innehätten, mit ein. Auch der ehemalige WASG Bundesvorständler Helge **Meves** bezeichnete eine Selbstdefinition als nur links im Juni 2004 als „Verengung“ der politischen Optionen.

Mit einem solchen Selbstverständnis war die WASG auch in die **Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen** gegangen. Umso überraschter waren viele Mitglieder, als der Bundesvorstand der WASG als logische Schlußfolgerung dieser Ereignisse eine rasche Wahlkooperation mit der PDS anstrebte. Im Laufe der Verhandlungen im Juni 2005 wurde sogar über eine **Fusion** von WASG und PDS verhandelt. Viele Mitglieder der WASG, aber auch viele Mitglieder der PDS, vor allem jene der **Kommunistischen Plattform**, konnten die innere Logik dieses Vorgehens absolut nicht erkennen.

Auch die Mitglieder des Bundesvorstandes der WASG hatten vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen ganz andere Positionen vertreten.

Einige Kostproben:

Thomas **Händel**, Neues Deutschland, 5.7.04, betreffs PDS: „... überhaupt keine Veranlassung, über eine Zusammenarbeit nachzudenken.“

Sabine **Lösing**, junge Welt, 23.11.04: „Es gibt eine klare Aussage, daß wir keine Linksbündnisse eingehen werden.“

Joachim **Bischoff**, 5.7.04: PDS müsse sich fragen, „... was sie in den letzten 14 Jahren falsch gemacht hat, daß sie nicht zum Anziehungspunkt geworden ist.“

Letztere Aussage kann man im Nachhinein erst in ihrer ganzen Zweideutigkeit richtig begreifen. Ein in den Abgründen der Politik emsig recherchierender Journalist wie Jürgen **Elsässer** wird schon früh hellhörig: „Vor allem war auffällig, daß der Bundesgeschäftsführer der Wahlalternative, Klaus **Ernst**, lediglich sagte, die von Bisky und Brie aufgeworfenen Fragen (*betr. Kooperation PDS-WASG*) stellten sich *derzeit* nicht.“ (jW 26.7.04) Das kleine Wörterl „derzeit“ wurde damals nicht richtig beachtet.

Selbiger Klaus **Ernst** beruhigte Skeptiker noch am 30.5.05 im Neuen Deutschland: „Mag sein, daß das (= *offene Liste der PDS*) der einfachere Weg ist. Aber er wird nicht mit uns zu gehen sein. Die PDS ist im Westen so gut wie nicht vorhanden. Daran ändert auch nichts, wenn plötzlich andere Köpfe unter dem Namen PDS kandidieren. Es gibt nur die Möglichkeit, etwas Neues zu schaffen: Eine neue Partei, die zu den Wahlen antritt, mit Kandidaten aus PDS und Wahlalternative und einem Programm für die nächste Legislaturperiode.“ Da hatte Klaus Ernst den Common Sense einer weit über das linke Ghetto hinausgehenden Sozialpartei bereits großräumig verlassen.

Man wird erst im Nachhinein stutzig, wenn man vernimmt, daß WASG-Pressesprecher Murat **Cakir** am 31.3.05 erklärte, die WASG halte „derzeit“ an ihrer „distanzierten Haltung“ zur PDS fest. Und wenn Axel **Troost** am gleichen Tag erklärte, die WASG werde sich „erst nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen“ mit der Frage einer Zusammenarbeit mit der PDS befassen.

Erst im Nachhinein geben manche **Schachzüge** des WASG-Bundesvorstandes einen Sinn. Einen Sinn, der darin besteht, die WASG der PDS zuzuführen.

Fall eins: im Sommer 2004 formiert sich in Berlin eine Initiative, die Unterschriften sammelt, um die **vorzeitige Abwahl des Berliner SPD/PDS-Senats** wegen seiner Politik des sozialen Kahlschlags einzuleiten. Exponierte Mitglieder dieser Initiative sind zugleich Mitglieder der Berliner Wahlalternative. Der selbe Thomas **Händel**, der zur gleichen Zeit kategorisch erklärt, es gäbe überhaupt keine Veranlassung, über eine Zusammenarbeit mit der PDS nachzudenken, würgt die Abwahl-Initiative ab mit dem seltsamen Argument, **Landespolitik sei „nicht Gegenstand unserer programmatischen Arbeit“**. Bekanntlich ermutigt der Bundesvorstand ein Jahr später die WASG-Basis, an der NRW-Landtagswahl teilzunehmen. Es bleibt nicht bei verbaler Ablehnung. Vielmehr entkleidet der Bundesvorstand die Berliner Wahlalternative ihrer Eigenständigkeit, und setzt ihr den IG BAU-Bezirkschef Lothar **Nätebusch** als „**Koordinator**“ vor die Nase.

Der **SPD/PDS-Senat** kann aufatmen.

In einem Interview mit Renate **Herranen** von der Berliner Wahlalternative in der jungen Welt vom 3.8.04 kommt Herranen zu der Schlußfolgerung: „Vielleicht ist das Volksbegehren für die Abwahl des Berliner Senats einigen ein Dorn im Auge. Diese Initiative wird von vielen Mitgliedern der hiesigen Wahlalternative getragen und richtet sich gegen die mitregierende PDS. **Vielleicht hat der Bundesvorstand Angst um zukünftige Bündnisse.**“ Menschenkenntnis.

Beispiel zwei: Anfang des Jahres 2005 bemüht sich Bundesvorständler Klaus **Ernst** verbissen, die Mitglieder der Sozialistischen Alternative **SAV** aus der WASG rauszuschmeißen. Im Gegensatz zu vielen anderen WASG-Mitgliedern, die ihre Mitgliedschaft in einer zweiten Organisation verschweigen, spielen die SAVler mit **offenen Karten**. Der Konflikt schwelt. Klaus Ernst verfügt einen **zweimonatigen Aufnahmenstop** für neue Mitglieder, um einen Zulauf durch Mitglieder der SAV zu verhindern. Erst der **WASG-Bundesparteitag in Dortmund** schmettert Ernsts Ansinnen mit großer Mehrheit ab.

Fürchtete Klaus Ernst, daß der PDS in der WASG durch eine geschlossene Gruppe wie die SAV ein **gefährlicher Konkurrent** und Bremser des Anschlusses an die PDS erwachsen könnte?

Nach außen hin wurde die eilige Eheanbahnung von WASG und PDS mit dem Zeitdruck begründet, den **Schröder** mit der vorzeitigen Neuwahl aufgenötigt habe. Zudem betrat Oscar **Lafontaine** das Spielfeld mit der Drohung, nur anzutreten, wenn sich beide Mannschaften vereinigten. Plötzlich brachte der Bundesvorstand der WASG vor, die Partei habe kein Geld und sei noch ohne richtige Infrastruktur. Zuvor hatte aber eben der selbe Bundesvorstand diese Argumente verworfen, als es um die Frage ging, ob die WASG in Nordrhein-Westfalen antreten solle.

Die weiteren Schritte geschahen unter **Ausschluß der Basis**.

Man hätte erwarten können, daß nach der Ankündigung von Neuwahlen bereits im Jahre 2005 die Führung der WASG sofort mit einem **Maßnahmenkatalog** die eigene Basis mobilisiert.

Aber: **nichts** ist geschehen. Während die anderen Parteien ihr Mitgliederpotential in höchste Aktivitätsstufe versetzte, Wahlprogramme auf den Weg brachte, Propagandamaterial entwarf, Kandidaten bestimmte, sich mit der Presse verlinkte, geschah bei der WASG in dieser Hinsicht – **gar nichts**.

Die WASG-Führung hätte sich um des eigenen Überlebens willen umgehend mit allen sozialen, ökologischen, kulturellen und zivilgesellschaftlichen Kräften in Deutschland kurzschließen müssen, um mit ihnen zusammen einen bündnisfähigen Wahlkampf auf den Weg zu bringen. Sie hätte Wissenschaftler um sich scharen müssen, um ihre Wahlkampfaussagen auf ein solides Fundament stellen zu können.

Doch der Bundesvorstand tat **nichts** dergleichen.

Die einzige Aktivität, die seit Mai 2005 seitens des Bundesvorstandes der WASG festzustellen ist: man wirbt um Oscar Lafontaine und verhandelt permanent mit der Führung der PDS über ein möglichst rasches Aufgehen der WASG in der PDS. Die WASG hat auf diese Weise nicht die geringste Chance, politisch und finanziell die nächsten Jahre zu überleben. Der Auftritt auf der nunmehr verabredeten Liste der zur **Linkspartei** umetikettierten PDS wird der PDS immense Geldbeträge aus der Wahlkampfkostenrückerstattung einbringen.

Die **WASG** dagegen wird nach der Bundestagswahl **bankrott** sein.

Wie erklärt sich ein solcher **Selbstmordkurs**? Wie kann eine Parteiführung alles unternehmen, um den eigenen **Ruin** einzuleiten?

Ist es überhaupt die WASG-Führung, die die Vereinigung mit der PDS angestrebt hat?

Oder hat die **PDS** womöglich das Aufgehen der WASG in der PDS strategisch überlegt **eingefädelt**? Diese These klingt abenteuerlich. Aber es gibt **handfeste Hinweise** für die Annahme, daß die PDS den Kampf gegen ihren eigenen **Verfall** durch eine – nicht sonderlich raffinierte, aber dennoch skrupellose – **Inszenierung** schon mindestens seit dem Jahre 2002 in die Wege geleitet haben könnte.

Diesen Hinweisen wird im nachfolgenden Kapitel nachgegangen.

Wir betrachten zunächst den **aktuellen Zustand** der PDS. Dann werden wir die von PDS-Vordenkern anvisierten **Retlungsstrategien** unter die Lupe nehmen.

Situation der PDS – Zahlen und Fakten

„Those were the days, my friend, we thought they would never end ...“ Mary Hopkins

Wer in den Zentren mancher Städte in Deutschland die abgelegeneren Straßen aufsucht, wird möglicherweise auf ein etwas vernachlässigtes Ladengeschäft stoßen, dessen einziges Schaufenster durch Staubpartikel und Spinnweben den Blick auf ein großes Plakat freigibt. Das Plakat ist stark verblichen und hängt offensichtlich schon einige Jährchen an dieser Stelle. Zu sehen ist meistens ein Gesicht. Darüber oder rechts darunter in weißer Schrift auf abgebleichtem Rot die Buchstaben: PDS.

Wer ins Internet geht, um mehr über jene Partei mit dem Kürzel PDS zu erfahren, der stößt in der PDS-Homepage auf interessante Veranstaltungshinweise. Die Veranstaltungen haben allerdings schon im letzten Frühjahr stattgefunden.

Es ist unverkennbar: die von der WASG-Führung beschworene neue **Dynamik**, die von der Verbindung mit der PDS ausgehen soll, sucht man bei der SED-Nachfolgepartei **vergebens**. Das ist auch kein Wunder.

Denn nur eine Minderheit der PDS-Mitglieder befindet sich noch in einem aktivitätsfähigen Lebensalter.

Die **PDS** verdient unser **Mitleid**. Denn sie ist **sterbenskrank**. Das Siechtum ist unaufhaltsam. Aus biologischen Gründen. Denn 80% aller PDS-Mitglieder sind über 60 Jahre alt. 13% befinden sich in der Gruppe der 40 bis 60-jährigen. Und 7% aller PDS-Mitglieder sind unter 40 Jahre alt. 77% aller PDS-Mitglieder sind Rentner aus den Neuen Bundesländern.

Da diese Tatsachen von PDS-Sympathisanten innerhalb der WASG immer wieder bezweifelt werden, seien hier die Zahlen von Rosa-Luxemburg-Stiftungsautoren (Brie/Brie/Chrapa 2002) zitiert:

im **Kernland** der PDS, den neuen Bundesländern, sind **0.6% der Mitglieder unter 30 Jahre alt**; 2.2% 30-39 Jahre; 7.7% 40-49 Jahre; 9.1% 50-59 Jahre; 30.7% 60-69 Jahre; **41.1% 70-79 Jahre**; und 8.5% sind über 80 Jahre alt!

Im Bereich der **alten Bundesländer** überwiegen eher die **jüngeren Jahrgänge**. Jedoch bewegt sich die Mitgliederzahl der PDS im Westen in der **Größenordnung einer Sekte**.

Betrachten wir die weltanschauliche Zusammensetzung der PDS:

Die PDS besteht aus drei auseinanderdriftenden Kontinentalplatten:

- 1.) die von der PDS dezent so genannte „DDR-Gründergeneration“. Es handelt sich um Menschen, die sich nach wie vor in der DDR zuhause fühlen, und die sich ihr Disneyland für den Rest ihres Lebens bewahren. Der Film „Goodbye Lenin“ hat mit der Gestalt der Mutter diesen Menschen ein einfühlsames Denkmal gesetzt. Sie stellen, wie leicht zu erraten ist, das mit Abstand größte Segment in der PDS. Und diese Menschen werden nicht mehr gestalterisch in die neoliberale Tristesse Neudeutschlands eingreifen.
- 2.) dann die Kommunistische Plattform, die mit Sahra Wagenknecht eine Europa-Abgeordnete stellt. Zahlenmäßig fällt aber die KP überhaupt nicht ins Gewicht. Sie gibt dem Einheitsgrau der PDS lediglich einen kleinen Farbtupfer.
- 3.) die Mehrheit der Aktiven in der PDS sind jene Leute, die gerade ins Berufsleben starten wollten, als die DDR zusammenbrach. Da sie nicht noch einmal zu den Verlierern gehören wollten, schminkten sie sich alles Linke ein für alle mal ab – denn sie wollten ja endlich vorankommen - und sind nun näher bei McKinsey und Roland Berger als bei Marx und Liebknecht. Für diese Leute sind die WASG-Leute Sozialromantiker, Spinner, Utopisten.

Und es sind genau diese Leute, die der PDS viel mehr noch als die biologische Endlichkeit größten Probleme bereiten werden. Zu diesen Pragma-PDSlern gehören die Regierungsmitglieder in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin. Diese Leute haben keine Bedenken, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ihre wenigen privilegierten Pöstchen an der Seite der SPD erhalten können. Und es sind genau diese Leute, die **schneller als jede Mortalität** das Wählerpotential der PDS in den Neuen Bundesländern zum Schmelzen bringen.

Beispiel **Mecklenburg-Vorpommern**: PDS Zweitstimmen bei Landtagswahl 1998 >> 24,4%. Dann bildete die PDS mit der SPD die neue **Landesregierung**. Bei der nächsten Landtagswahl im Jahre 2002 **verlor die PDS 8%**, also gut ein **Drittel** ihrer Wählerstimmen. Laut Infratest Dimap-Analyse gab jeder dritte PDS-Flüchtling an, über die PDS-Minister bitter enttäuscht zu sein. Die gerupfte PDS regiert dort trotzdem weiter, als sei nichts geschehen.

In den Bundestag ist die PDS 1990 gekommen, weil damals die **5%-Hürde** für die Neuen Länder noch nicht galt. 1994 erreichte sie **4,4%** und kam nur aufgrund von 4 Direktmandaten in den Bundestag. 1998 klemmte sich die PDS mit **5,1%** über die Stange. 2002 fiel sie bekanntlich mit **4,1%** durch. Das rettende dritte Direktmandat verfehlte die PDS durch einen **dummen Zufall**: neben dem PDS-Kandidaten trat in dem betreffenden Wahlkreis auch Christian **Ströbele** (Grüne) an. Ein Neonazi haute Ströbele eine Woche vor der Wahl mit dem Hammer auf den Kopf, und aus Mitleid wurde Ströbele direkt gewählt statt des PDS-Kandidaten. **Nicht gerade beruhigend, wenn der Hammer eines Neonazis über das Schicksal der PDS entscheidet.**

1994 war das **Spitzenjahr** für die PDS. Seitdem verliert die PDS kontinuierlich an Stimmen. Auch bei der Europawahl 2004 hat die PDS an Wählerstimmen verloren, was nur deshalb zu einem prozentualen Plus führte, weil die Wahlbeteiligung extrem niedrig war. Außerdem hatte die PDS mit Tobias **Pflüger** und Sahra **Wagenknecht** zwei attraktive Kandidaten anzubieten.

Es spricht alles dafür, daß die PDS aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung in **Berlin** bei der Bundestagswahl **empfindliche Einbußen** erleiden wird. Also gerade dort, wo Direktkandidaten die Kohlen aus dem Feuer holen sollen. Die PDS verliert in Berlin zuverlässig und kontinuierlich. Unter dem Eindruck, daß die PDS als SED kurz zuvor einen

kompletten Staat ohne Not, nur aus Dummheit, in den Bankrott gefahren hatte, gabs 1990 lediglich **9,7%**. Dann 1994, auf der Welle der Wut über die verbrecherische Treuhand, hüpfte die PDS auf **14,8%**, um dann 1998 auf **13,4%** und 2002 auf **11,4%** abzurutschen.

Mit Sicherheit wird die PDS 2005 gerade **in Ostberlin abgewatscht**. Vergessen wir nicht, daß Gregor **Gysi** bei der Wahl 2001 als **Spitzenkandidat** antrat, dann jedoch nach kurzer Zeit den Posten des **Wirtschaftssenators** hingeschmissen hat.

Verheerender dürften jedoch die **Vertrauenseinbrüche** aufgrund der PDS-Politik des **Sozialkahlchlags** in Berlin sein. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mußten **10% Lohn einbuße** hinnehmen. Um das zu bewerkstelligen, trat der SPD/PDS-Senat sogar aus dem **Flächentarifvertrag** aus.

Einen solchen Bruch des ungeschriebenen Sozialvertrags hat bislang noch nicht einmal ein CDU-Landesfürst gewagt. Wenn wir also **MeckPom als Referenzgröße** für vier Jahre Neoliberalismus ansetzen, dürfte die PDS folglich in Berlin bei **7%** landen.

Wege aus der Agonie der PDS

*Uut deepe Kööl bölk ick te Di!
Aus tiefer Not schrei' ich zu Dir!*

1.) Das Trauma der verlorenen Bundestagswahl 2002

Das Jahr 2002 stellt eine Zäsur im Leben der PDS dar. Noch im Sommer sagten Umfragen der PDS bei der anstehenden Bundestagswahl ein Ergebnis von **6-7%** voraus. Die PDS-Mitglieder wähten ihre Partei als fest etabliert im bundesdeutschen Politikbetrieb.

Umso größer war das Entsetzen, als die PDS bundesweit lediglich **4.1%** der Zweitstimmen einfahren konnte. Zwei eroberte Direktmandate in Berlin ermöglichten nicht einmal die Präsenz einer eigenen Gruppe im Bundestag. Düstere **Untergangsszenarien** machten in PDS-Kreisen die Runde.

In diesem Zustand äußerster **Zerknirschung** legten **André Brie, Michael Brie** und **Michael Chrapa** in der Zeitschrift „Standpunkte“ ein **Thesenpapier** vor, das mit schonungsloser Offenheit die **strukturellen Schwächen** der PDS darlegte. Die Autoren machten **konkrete Vorschläge** zur Überwindung der Strukturschwächen.

Zu den **Schwachpunkten** der PDS: die PDS hatte nach der Wende glaubwürdig die **Interessen der Ostdeutschen** im neuen Gesamtstaat vertreten. Aber, genau wie bei den Flüchtlingsparteien in der BRD nach dem Krieg, war auch die Klientelgruppe der PDS mittlerweile im größeren Gemeinwesen angekommen. Und damit wird die **Klientelpartei** zunehmend **überflüssig**. Die PDS verliert in den neuen Bundesländern an die SPD.

Des weiteren vertritt die PDS die „**staatstragende Klasse der DDR**“. Diese Gruppe allerdings stirbt aus, und ist auch durch die Anpassungsstrategien der jüngeren PDS-Führung von der **PDS entfremdet**. Als Last empfinden die Autoren, daß die PDS aus einer **Niederlage** heraus entstanden ist. Und diese Konstellation bewirkt, daß die PDS im bundesdeutschen Zusammenhang immer mehr an **Boden verliert**: „Wie eine **Kanonenkugel**, die im Unterschied zu einer Rakete keine neuen Triebwerke zünden kann, würde sie so zumindest bundespolitisch einem **schnellen Ende** entgegensehen.“

Die PDS hat sich von einer staatstragenden Partei gewandelt zu einer demokratischen Partei, die **Bündnisse** suchen muß. Durch ihre Bezogenheit auf Mitarbeit in **Regierungen** und **Verwaltungen** hat die PDS an Schwung verloren. Die Pflege hergebrachter **Milieus** und der Aufbau **neuer sozialer Infrastrukturen** wurde dabei vernachlässigt.

Eine weitgehend farblose PDS-Führungsgruppe konnte weder Ausstrahlungskraft auf **Intellektuelle** in Ost und West entfalten, noch hat sie die Zeichen der Zeit erkannt:

„Von besonderer Tragweite war die Unfähigkeit bzw. die mangelnde Bereitschaft, sich einer **nüchternen Analyse** auszusetzen und die sich seit 1999 häufenden Warnungen vor einer **Erschöpfung des Potenzials** der PDS und der Gefahr sinkender Zustimmung nicht zu beachten. Frühere Wahlerfolge hatten zu einer massiven **Selbstüberschätzung** geführt.“

Die PDS-Führung gibt nach außen ein **zerstrittenes Bild** ab. Die devote Entschuldigung bei US-Präsident **Bush** und Andeutungen einer möglichen **Unterstützung** der Rot/Grünen Koalition hätten dem Ansehen der PDS **geschadet**.

Im Angesicht des damals anstehenden **Geraer Parteitages** machen die Autoren eine Reihe **vernünftiger Reformvorschläge**. Die PDS soll basisnäher und demokratischer werden:

„ ... Erneuerung der sozialen Verankerung der PDS: Mitgliederpartei; **ehrlische Einbeziehung und Beteiligung der Mitgliedschaft** in die Politik- und Strategieentwicklung; Entwicklung von Dienstleistungsangeboten für Jugendliche, soziale und kulturelle Initiativen etc. auf Bundes-, Landes-, Kreisebene; **Transparenz**; offener demokratischer Politikstil; Menschen erkennbar ernst nehmen statt Papierproduktion; **Bescheidenheit** und Aufmerksamkeit der PDS-Politiker; **moralisch unanfechtbarer Umgang mit Finanzen**, auch im Parteivorstand ...“

Dieser **Fürstenspiegel** zeichnet ein **plastisches Sittengemälde** der Zustände bei der PDS. Hätte sich die PDS-Führung nach diesen Vorschlägen gerichtet, so wäre sie heute vermutlich nicht nur sympathischer und demokratischer. Sie wäre, so geläutert, sogar West-tauglich.

Doch die Autoren verlangen, daß sich die PDS an ihren eigenen Haaren aus dem Sumpf ziehen möge.

2.) Das Projekt PDSplus

Eins und Eins, das macht zwei ... Hildegard Knef

Es ist unschwer zu erraten, daß bei dem Parteitag in Gera nicht das **Pfingstwunder** in die Häupter der PDS-Delegierten gefahren ist. Der **Schlendrian** blieb der gleiche, die Vorschläge von Brie/Brie/Chrapa blieben unerhört.

Michael Brie gibt die Hoffnung auf eine innere Läuterung der PDS endgültig auf und setzt nunmehr auf eine neu zu schaffende Peripherie, die die alterssklerotische PDS von außen ummanteln soll. Im Mai 2003 veröffentlicht Brie seinen Aufsatz: „**Ist die PDS noch zu retten?**“

Seine Grunderkenntnis besteht darin, daß das Potential für eine Partei links von Rot/Grün in Westdeutschland bei **15%** liegt, und in Ostdeutschland bei **30%**. Warum die PDS diese Potentiale nicht erreicht, hatte Brie ja mit seinen Koautoren bereits erörtert. Trotzdem hebt Brie noch einmal hervor, daß die PDS-Führung sich weitgehend von den sozialen Grundlagen der Partei entfernt hat. Die Partei „**hängt in der Luft** ... Die **Parlamentsfraktionen** sind zum **Lebensmittelpunkt** der PDS geworden.“

Michael Brie vertieft die Erkenntnis, daß der Konsens zwischen Herrschenden und Beherrschten zerbricht. Die Eliten optieren immer stärker für einen Rückzug des Staates und für Deregulierung der Wirtschaft. Die regierte Bevölkerung optiert dagegen immer stärker für Interventionen des Staates und hat mittlerweile den Glauben an die heilende Wirkung der Austerity-Politik verloren. Der Wähler wird bockig und foppt die Herrschenden mit unberechenbaren Entscheidungen an der Wahlurne.

Im Gegensatz zu einem gewissen **PDS-Cheftheoretiker** mit Namen **Joachim Bischoff** glaubt Michael **Brie** nicht daran, daß zusammen mit Rot/Grün auf die Dauer eine sozial wohltätige Investitionslenkung möglich sein könnte. Vielmehr müsse ein eigener Block mit eigenem Profil rund um die PDS gebildet werden:

„Man könnte auch behaupten, dass die parteipolitische Lücke, die durch die gegenwärtige PDS nicht gefüllt werden kann, nicht lange frei bleiben wird. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2006 kann es auch zu Neugründungen kommen.“

Wie Michael **Chrapa** sieht Brie **vier mögliche Entwicklungsoptionen** für die PDS: sie kann sich zu einer **Regierungspartei** ausbauen; oder sie wird eine **Regionalpartei** für Ostdeutschland; oder eine **linkssozialistische** Partei auf bundesdeutscher Ebene; oder eine **antikapitalistische Kampfpartei**. Als Regierungspartner dürfte nach Brie der Erosionsprozeß unvermindert andauern. Als antikapitalistische Kampfpartei würde die PDS zur Sekte zusammenschrumpfen.

Am besten gefällt Brie eine **Kombination** aus **Regionalpartei Ost** und **linkssozialistischer Bundespartei**. Die PDS würde ihre traditionelle Aufgabe als Ost-Partei verstärkt wahrnehmen und würde in einer **zweiten Identität** sich der westdeutschen Protestpotentiale bedienen:

„Die sozialen nichtsektiererischen Potenziale dafür sind in den linken Gewerkschaften, Sozialverbänden, der Friedensbewegung und globalisierungskritischen Bewegungen gegeben. Wenn dieses Potenzial durch die PDS nicht für gemeinsame parteipolitische Ziele erschlossen wird, wird es auch kein linkes politisches Parteiprojekt geben ... Ein solches Projekt sei **PDSPlus** genannt. Es zielt auf die **Verbindung der Stärken** der PDS mit jenen Potenzialen, die **außerhalb der PDS** für ein soziales parteipolitisches Projekt in Deutschland bestehen und **nicht direkt durch die PDS erreicht** werden können.“

Mit dieser **Doppelstrategie** soll es möglich sein, daß man der PDS zutraut, einen Wechsel in der politischen Richtung in Deutschland hinzubekommen. Erster Test soll die Europawahl im Jahre 2004 werden. Der Aufbau einer neuen Parteienstruktur rund um die PDS soll für die neu erschlossenen **Aktivisten im Westen** als solche **nicht erkennbar** sein:

„Es wären Strukturen zu schaffen, die öffentliche Entscheidungsprozesse erlauben und jeden **Anschein einer einseitigen Instrumentalisierung** und **Fernsteuerung** der Struktur **durch die PDS** oder anderer Gruppen verhindert.“

Man beachte: den „**Anschein verhindern**“.

Es soll sich hier nicht um eine reine Listenverbindung handeln:

„Im Unterschied zu früheren Versuchen darf es nicht dabei bleiben, dass diese Listen die PDS äußerlich ergänzen, sondern es ginge um die Schaffung erster Elemente einer zukunftsfähigen Struktur, deren Teil neben anderen die jetzige PDS ist, mit der Option, dies **schrittweise gemeinsames parteipolitische Bündnis** zu entwickeln.“

Diese neue parteipolitische Formation solle verbunden sein durch einen „**gemeinsamen personellen Kern**“.

Hiermit sind die Grundlagen für eine **westdeutsche Sozialpartei dank PDS-Inspiration** voll ausgefaltet.

Nun schlägt die Stunde der Akteure auf **westdeutscher** Seite.

3.) Erste Entwürfe der WASG

Anfang 2004 wird die Öffentlichkeit durch eine Denkschrift aufgerüttelt, deren vollständigen Inhalt kaum jemand zu Gesicht bekommt.

Lanciert werden stattdessen einige **Gedankeninhalte**:

es soll eine neue Sozialpartei links von Rot/Grün gegründet werden. Die soll versuchen, die breite Masse der Bevölkerung durch **allgemeinverständliche** und „**pfiffige**“ Ideen anzusprechen.

Einige Herrschaften aus gewerkschaftlichen Zusammenhängen sollen die Ideen in **verrauchten Hinterzimmern** ausgeheckt haben. PDS-Vorständler **Joachim Bischoff** ist auch in diesem Kreis, und er gibt sich gegenüber der Presse leicht verärgert, daß das Strategiepapier in die Öffentlichkeit gesickert sei.

Die rechte Presse ereifert sich über einen kolportierten Satz, die neue Sozialpartei müsse allgemeinverständlich wie der Hamburger Rechtspopulist Schill sein. Die Öffentlichkeit horcht auf, und sofort bilden sich überall in Westdeutschland erste Gesprächskreise.

Der mit viel Weihrauch und Myrrhe umwölkte Text heißt: „**Für eine wahlpolitische Alternative 2006**“ und stammt von ver.di-Mitarbeiter **Ralf Krämer**. Der Autor bleibt im weiteren Fortgang dessen, was bald darauf WASG heißen wird, dezent im Hintergrund. Im Hintergrund verbleibt auch, daß Krämer seit 2001 Mitglied der **PDS** ist und im Vorstand der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** Nordrhein-Westfalen sitzt.

Angesichts des lauten Dahinschrumpfens der Montagsdemonstrationen hält Krämer politische Manifestationen auf der Straße alleine für zu kurzlebig, um langfristig einen politischen Paradigmenwechsel herbeizuführen. Langfristig können linke Politikinhalt nur in **Parlamenten** aufbewahrt und weitergeführt werden, unabhängig von allgemeinen Stimmungslagen. Gerade jetzt ist **Repräsentanz** im Parlament für die **kleinen Leute** wichtig, denn die traditionellen Besitzstandswahrer der kleinen Leute, **Gewerkschaften** und **SPD**, haben sich auseinanderdividiert.

Nach dem Ausscheiden der PDS 2002 aus dem Bundestag habe der neoliberale Rechtsschub an Schärfe zugenommen. Eine linke Partei im Parlament stellt ein notwendiges **Korrektiv** gegen die Beeinflussung der Parlamentarier durch industriennahe **Lobby-Organisationen** dar.

Ist also ein **Comeback für die PDS** im Wahljahr 2006 möglich?

Dazu müßte man Gewerkschaften und soziale Bewegungen für die Wahl der PDS motivieren. Aber für diese Kreise ist die PDS dauerhaft unwählbar: „Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert.“ Die PDS ist „... weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet.“

Und dennoch, da ist Krämer mit Brie einig, gibt es ein **starkes Potential** für ein Protestpartei: 20% im Westen und 30% im Osten. Allerdings sind heute auch viele Leute für eine linke Protestpartei ansprechbar, die sich als unpolitisch betrachten. Wer diese Leute erreichen will, muß einen **Minimalkonsens** ansteuern: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“

Allerdings: das Zentrum dieser neuen minimalpluralistischen Partei sind „**wir**“, also aus Sicht von Krämer: Gewerkschaftler. **Doppelmitgliedschaften** sind erlaubt. Und Krämer nimmt die Problematik eines **Wahlbündnisses mit PDS-Kern** auch schon vorweg: bei der Bundestagswahl kann nur eine Partei die Liste stellen:

„Es ist zulässig, dass die Mitglieder einer solchen Partei **zugleich anderen Parteien** angehören, auch der Name einer solchen zur Bundestagswahl antretenden Partei kann unter Beachtung bestehender Bedingungen frei gewählt werden, sie muss nicht ‚Partei‘ heißen.“

Ob die PDS wohl in die Ehe einwilligt? fragt Krämer ganz unschuldig. Doch, ja. Wenn die PDS im Rahmen eines größeren Projektes überleben kann, dann wird sie einwilligen. Und da ja Krämer von Michael Brie's o.g. Überlegungen gewiß noch nie etwas gehört hat, macht er uns Mut: „Das Ziel muss darin bestehen, eine solche Lage herbei zu führen und sich auf dieser Basis mit der PDS zu verständigen.“ So erhält dann die PDS gerechterweise eine angemessene Repräsentanz unter einem neuen Dach. Und die PDS würde dann großzügigerweise ihre **Rosa-Luxemburg-Stiftung** der gemeinsamen Dachpartei zur Verfügung stellen.

Im Gegensatz zur Gründungsphase der Grünen würde die neue Wahlalternative von oben nach unten aufgebaut („**Top-Down-Effekt**“). Eine Kerngruppe würde gezielt neue Leute anbinden, die wiederum geeignete Leute andocken etc. Mit dem Bundestag anzufangen hätte den Vorteil, daß man sich mit den kompromittierenden Beteiligungen der PDS in Landesregierungen nicht groß herumschlagen müßte. Wie Krämer zu der Schlußfolgerung gelangt, in dieser Konstruktion zeige sich „erhebliche Rationalität im Umgang miteinander“, bleibt sein gehütetes Geheimnis.

Krämer rechnet damit, daß die **Bundestagswahl** wegen der für die SPD vergeigten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen **bereits im Jahre 2005** stattfinden könne. **Lafontaine** und **Gysi** hält Krämer übrigens nicht für geeignete Führungsgestalten.

In diesem Zusammenhang ist gewiß auch noch interessant, wie **Sahra Wagenknecht** von der PDS-eigenen **Kommunistischen Plattform** rückblickend jene frühe WASG-Phase bewertet:

"Im Frühjahr 2004 begannen dann erste Vorbereitungen ehemaliger SPD- und PDS-Mitglieder zur Gründung einer neuen Partei. Bevor letztere allerdings das Licht der Welt erblickte, war **Brie** schon mit dem Rat zur Stelle, die PDS solle sich öffnen und ‚als Plattform für die Neuformierung einer linken Partei zur Verfügung stehen, mit der entsprechenden Bereitschaft zur Selbstveränderung.‘ Im 2004er Sommerloch stieg dann auch Gysi wieder in die Debatte ein: Er denke ‚über eine gemeinsame politische Zukunft mit dem einstigen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine nach‘, denn die PDS müsse ‚akzeptieren, daß sie nicht in der Lage sei, das Defizit einer fehlenden Linkspartei im Westen auszufüllen‘. Da hatte die PDS gerade die Europawahl mit 6 Prozent bestanden, in Thüringen ein Spitzenergebnis erreicht und befand sich im Brandenburger Landtagswahlkampf."

4.) Der Fahrplan für die Übernahme wird festgelegt

Düss muss ollös Dömogrödsch aussehen, niwwar? Das is doch hier der Fakt! Walter Ulbricht

Lange bevor der **Bundesvorstand** der **WASG** um die **PDS** zu werben begann, hatte die PDS-nahe **Rosa-Luxemburg-Stiftung** bereits den **Fahrplan für eine Fusion** aus PDS und WASG **festgelegt**.

Wenn wir uns recht erinnern, begann die Debatte über einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt von WASG und PDS nach der Entscheidung Gerhard Schröders, die Bundestagswahl bereits im Herbst 2005 stattfinden zu lassen. Anscheinend unter Zeitdruck wurden nunmehr hektische Verhandlungen zwischen PDS- und WASG-Spitze zügig vorangetrieben.

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, daß die kompletten Handlungsabläufe, deren erstaunte Zaungäste die WASG-Mitglieder sind, bereits in diesem Frühjahr, zu einem Zeitpunkt also, da noch niemand etwas von der unvermuteten Dringlichkeit der Überlegungen ahnte, in einem Artikel der Zeitschrift „**Standpunkte**“ vorweggenommen worden sind.

„Standpunkte“ ist eine Zeitschrift der **Rosa-Luxemburg-Stiftung**. Die RLS stellt eine PDS-nahe **Denkfabrik** dar, die amerikanischen sog. „Advocacy Think Tanks“ nachgebildet ist.

In „Standpunkte“ **Nr. 6/2005** <Kein Monatsblatt. Veröffentlicht etwa März/April> erschien ein Artikel von **Rainer Rilling** und **Christoph Spehr** mit dem Titel: „**Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern...**“

Inhaltsangabe

Rilling/Spehr stellen zunächst fest, daß es bislang **keine konzentrierte Gegenkraft** gegen den **Neoliberalismus** in Deutschland gibt. Jedoch: „Für die Herausbildung eines politischen Projekts, das es endlich mit der großen Koalition des gesellschaftlichen Ausverkaufs aufnehmen kann, ist das Wahljahr 2006 wichtig. Es wird darüber entscheiden, ob die Linke einen parlamentarischen Arm **behält** <?>“. (*Fettdruck und Fragezeichen H.P.*)

Die Bundestagswahl 2006 hat einen **grundsätzlich anderen Charakter** als alle vorherigen Bundestagswahlen, meinen Rilling/Spehr, und zwar aus vier Gründen:

- 1.) Die vorangeschrittene „**Delegitimation** der Politik“. Parteipolitiker sind unglaublich in den Augen der Bevölkerung. 50% aller Bürger meinen, Politik könne die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen. Die größte Partei: die Nichtwähler. Die Stammwähler verschwinden. Von dem Ansehensverlust der Politik sind auch Nichtregierungsorganisationen betroffen.
- 2.) Es entspinnt sich ein **Lagerwahlkampf** (Rot/Grün gegen Schwarz/Gelb), der keine Entsprechung in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hat.
- 3.) Die politischen Eliten und die Medien sind gegenüber gesellschaftlichem Elend und Leid **gleichgültig** geworden.
- 4.) Es besteht **Unsicherheit** über den Fortbestand einer „eigenständigen parteipolitischen Linken“. Gemeint ist die PDS. Als neues Element ist die WASG hinzugetreten. Wenn sie getrennt marschieren, dann geschieht Folgendes: „Eine auf die ostdeutschen Landtage zurückgeworfene PDS und eine im Endeffekt ergebnislose <sic!> angetretene WASG würden das neoliberale Umbauprojekt bis auf weiteres gegen ernsthaften Druck von Links absichern.“

Die Linke kann also 2006 nur verlieren:

- 1.) **Zwickmühle**: wie sollen wir der „Delegitimation“ begegnen? a) soll eine Ehrenrettung der Politik von den Linken betrieben werden? Das würde den Etablierten in die Hände arbeiten und uns vom „allgemeinen Bewußtsein“ entfremden. b) sagen wir: die da oben machen eh' was sie wollen; dann fördern wir Apathie.
- 2.) Wie verhält sich die Linke zum **Lagerwahlkampf**? Die Linke in der „**Entscheidungsfalle**“: a) wenn wir sagen: Rot/Grün ist das kleinere Übel, sollen wir dann als Bundestagsfraktion ihnen helfen? b) sagen wir: die Lager-Unterschiede sind marginal und wir verhalten uns neutral, dann kommt es zur Großen Koalition. Das würde uns Zugang zu **einsichtigen Rot/Grün-Politikern** verbauen. Dann wäre Wählen sinnlos.
- 3.) **Paradoxe Grundsituation**: In der neoliberal gesteuerten Öffentlichkeit müssen gerade Armut und Arbeitslosigkeit erhalten für noch mehr Neoliberalismus. Angesichts dieser manipulierten Vorzeichen geht die Anprangerung des Elends ins Leere. Wenn die Linke eine andere Politik fordert, ist die reflexartige Gegenfrage: wie wollt Ihr das finanzieren? Läßt sich die Linke auf Kategorien wie „Wirtschaftsverträglichkeit“ ein, „...läuft sie Gefahr, selbst als neoliberal angekränkt abgelehnt zu werden.“ Alte Konzepte aus den Sechzigern neu auflegen? Das „Verharren in paternalistischen, bevormundenden Sozialstaatskonzepten“ hat nach Rilling/Spehr keine Chance.

- 4.) PDS und WASG haben unterschiedliche politische Zugänge, kulturelle Identifikationen und historische Identitäten. Hellseherisch nehmen Rilling/Spehr nunmehr alle Probleme eines gemeinsamen Wahlkampfauftritts vorweg, die der Bundesvorstand der WASG in einem öffentlichen Laborversuch durch Versuch und Irrtum im Anschluß an die NRW-Wahl nachgespielt hat:

„Unter den Bedingungen des deutschen Wahlgesetzes droht dies jedoch in ein Fiasko umzuschlagen, da für eine auf getrennten Listen antretende Linke zweimal unter fünf Prozent im Parlament immer noch Null macht. Eine gleichberechtigte Kooperation ist wahltechnisch jedoch nicht vorgesehen. Eine Liste kann nur von einer Partei eingereicht werden, deren Name dann auch im Listennamen erscheinen muss. Listenverbindungen verschiedener Parteien sind nicht von der 5%-Schranke für jede einzelne Liste entbunden. Während es gegenwärtig für beide Linkskräfte parteipolitisch existenziell ist, ihre Eigenständigkeit und Identität zu wahren, ist dies wahltechnisch nur um den Preis der parlamentarischen Nichtexistenz möglich.“ (*Hervorhebung von mir. H.P.*)

Warum überhaupt wählen?

Der Politikverdruß der Wähler ist ja berechtigt. Rilling/Spehr beschreiben die Entmachtung der politischen Organe, das Fehlen einer Gestaltungsmacht, die Erpreßbarkeit durch Kapitalflucht. „Die Entleerung der öffentlichen Kassen ist das Scharnier, über das die breite Bevölkerung auf Generationen hinaus in eine Tributpflicht gegenüber Banken und ‚Investoren‘ gebracht wird.“

Was also tun?

Eine bunte **Mischung** aus Neoliberal und Keynes-Wohlfahrtsstaat geht nicht. Zurück zu Erhards **Wohlfahrtsstaat** geht auch nicht, wegen der **Kapitalflucht**. Die Kapitalflucht-Zwickmühle hat die **Linken im Rot/Grün-Lager** zum Verstummen gebracht. Diese Leute müssen von außen **Unterstützung** bekommen: „Verschiebungen zwischen den beiden Lagern (*zwischen Rot/Grün und Schwarz/Gelb H.P.*) können sich daher ohne Einwirkung eines zusätzlichen organisatorischen Zentrums jenseits von Rot-grün nicht in eine Veränderung realer Politik umsetzen. Deshalb ist es egal und doch nicht egal, von welchem Lager die nächste Regierung gestellt wird.“

Man muß sich hier notgedrungen auf den „**Maklerstil**“ des rot/grünen Lagers einstellen: „Es ist problematisch, wenn die Linke Politikstile fordert, die sich vor allem durch ‚**Konsequenz**‘, ‚**Klarheit**‘ und ‚**Prinzipientreue**‘ auszeichnen sollen. Denn sie verbaut sich damit nicht nur mögliche Kooperationen (mit Rot-grün oder mit ‚rational operierenden‘ gesellschaftlichen Interessengruppen) und mögliche Durchsetzungsformen für ihre Inhalte ... Die Linke kann das Argument vom ‚kleineren Übel‘ also nicht wegdiskutieren.“

Und plötzlich verfallen Rilling/Spehr in die Sprache von McKinsey: die **Imagekrise** der SPD steigert Chancen von PDS und WASG, „...Gerechtigkeit neu überzeugend als **Trademark** (*Hervorhebung H.P.*) in der Protest- wie der Gestaltungsdimension zu besetzen.“ Offensichtlich mit Blick auf die PDS-Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und vielen Kommunen im Osten plädieren Rilling/Spehr für eine Politik der „Vertrauensbildung als zentraler Modus nachhaltiger politischer Identitätskonstruktion.“ Die PDS setzt dem Neoliberalismus Grenzen, hält Spielräume offen.

Was also soll eine linke Kraft tun, die die Lücke jenseits der Grünen füllen kann?

- 1.) „Die Linke muss die Delegitimierung der Politik positiv aufgreifen und auf ihre materielle Ursache zurückführen, dass es nämlich ohne Wiedergewinnung von

Verhandlungsmacht politisch auch nichts wirklich zu entscheiden gibt.“ Dazu noch die „Message“: „Es braucht Schritte, Instrumente und gesellschaftliche Mehrheiten, um etwas gegen den internationalen Verdrängungswettbewerb durch Lohndumping und Sozialabbau zu tun.“ Es geht um „Wiederausstattung der ‚commons‘ mit finanziellen und materiellen Ressourcen.“ Das ist die „strategische Schlüsseldifferenz zum neoliberalen Lager“.

- 2.) „Die Linke muss sich der Aufgabe stellen, ein neues, massenfähiges politisches Projekt zu begründen.“ Deswegen gemeinsame Kandidatur 2006. Eine gemeinsame **Linkspartei** soll sodann im **Bundestag Rot/Grün** durch eine **Tolerierung stützen** und in einen Dialog mit den rot/grünen Linken treten.

Nachschatz in „Standpunkte“ 8/2005

Zwei Hefte weiter liegt die NRW-Wahl hinter uns, und Rilling/Spehr updaten ihre Spekulationen (unter dem Titel: „Guten Morgen, Gespenst!“) und sind schier außer sich vor Freude:

„WASG und PDS konnten gar nicht anders, als unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen. Fünf Prozent sind das eine. Aber das Gespenst (*gemeint ist das Gespenst aus dem Kommunistischen Manifest H.P.*) ist das andere. Die **Erwartungshaltung**, die auf die Vorstände von PDS und WASG **drückt**, war sofort da. Ein halbes Dutzend Aufrufe, die zu einem gemeinsamen Vorgehen aufforderten und eindringlich verlangten, die historische Chance nicht zu verspielen (auch wir verfassten einen²), füllten sich wie von selbst, **geradezu geisterhaft**, mit Unterschriften.

Seither sitzt die **gesamte linke Öffentlichkeit** unsichtbar mit am Verhandlungstisch und räuspert sich vernehmlich, wenn ein gemeinsames Wahlprojekt wieder einmal an technischen Schwierigkeiten und taktischen Organisationsinteressen zu scheitern droht. **In unerwartet kurzer Frist stiegen die politischen Kosten eines Scheiterns in solche Höhen, dass es kaum noch riskiert werden konnte** ...Ein Gespenst schert sich nicht um 5-Prozent-Hürden, auch wenn es nicht blöde ist. Vor allem aber interessiert sich ein Gespenst nicht für Organisationsgeschichte und nicht für abgesteckte Claims ... **Es akzeptiert auch mal Hinterzimmer und geschlossene Verhandlungen im kleinen Kreis**. Aber sobald es zur Welt gekommen ist und sich zu bewegen beginnt, drängt es zügig darauf, die Wände einzureißen. Es wird sich nicht vor den Karren einer aus der Not geborenen Koalition der Sitz-Sicherer spannen lassen. Und auch nicht in den engen Brutkasten einer kontrollierten Fusion über die schier endlose Dauer einer Legislaturperiode hinweg – auch das haben die **Führungen von PDS und WASG** erkannt und noch eine kluge Entscheidung getroffen: **2 Jahre Zeit und nicht mehr, dekretierten sie** am Tag, als Michael Stich auf Sylt Alexandra Rikowski heiratete und die Opa-Gang hohe Haftstrafen aufgebremst bekam. Klugheit im Doppelpack – erstaunlich.“ (*Fettdruck H.P.*)

5.) Koalition mit Rot/Grün?

Halb zog sie ihn, halb sank er hin. Goethe, Der Fischer

Warum sollte die SPD eigentlich die neue „**Linkspartei**“ fürchten?

Die o.g. Autoren **Rilling** und **Spehr** haben es klar ausgesprochen: die neue Formation mit dem personellen PDS-Kern hat keine Probleme damit, eine Rot/Grüne Minderheitsregierung zu tolerieren.

Nun hat **Spiegel Online** schon seit geraumer Zeit bei den neuesten Umfrageergebnissen auf der einen Seite die Prozentanteile von FDP und CDU zu einem Block zusammenaddiert; und auf der anderen Seite zählt das Hamburger Nachrichtenmagazin die Prozente von SPD, Grünen und – der „Linkspartei“ zusammen. Und letztere Koalition liegt jetzt nur noch drei Prozentpunkte hinter den Schwarz/Gelben.

Werden sich die Exponenten der neuen Linkspartei zornig gegen solche Vereinnahmungen zur Wehr setzen?

Keineswegs.

Vielmehr meldet sich **Christine Buchholz**, Mitglied im Bundesvorstand der WASG und Mitglied in der PDS-Tarnorganisation „**Linkskurve**“ in der Zeitschrift „Linkskurve“ zu Wort. Ganz unverkrampft findet sie die Vorstellung einer Rot/Grün/Linkspartei-Regierungskoalition durchaus attraktiv. Frisch titelt sie ihren Artikel: „**Eine linke Koalition?**“

Frau Buchholz stellt zunächst knallharte Bedingungen für eine **Tolerierung**: „Wir wollen einen Bruch mit der Politik des Sozialabbaus. Wir wollen einen gemeinsamen Kampf mit allen, die auch für diesen Bruch sind. Wenn also linke Sozialdemokraten die Linkspartei auffordern würden, die Millionärssteuer und **Nachbesserungen bei Harz IV** <!> zu unterstützen, wird es nicht reichen, zu entgegen, das dass <sic!> ‚nicht glaubwürdig‘ ist. Die Frage spitzt sich zu, wenn eine rot-grüne Minderheitenregierung auf die Stimmen des Linksbündnisses angewiesen ist. Wenn in dieser Situation das Linksbündnis sich einfach verweigert steht sie da als Steigbügelhalter für die Konservativen, der gar kein Interesse an einer Politik gegen Sozialabbau haben <sic!>.“

Also doch keine Koalition?

Buchholz stellt für die mögliche **Koalition** mit Rot/Grün einen **Forderungskatalog** auf, der mit den **wenigen programmatischen Aussagen** der WASG identisch sind. Aber sie bietet Münze noch eine letzte Chance:

„Wenn die SPD wirklich mit der Agenda 2010-Politik bricht – gut, dann können wir eine Debatte über die Umsetzung gegen den massiven Widerstand der Unternehmer führen. Wenn nicht – dann ist das das Problem der SPD-Führung. Das ‚Linksbündnis‘ hat dann deutlich gemacht, dass die Verantwortung für eine konservative Regierung bei der SPD-Führung liegt, ohne die Hoffnungen derjenigen zu verraten, die ein Ende des Sozialabbaus wollen.“

Es war gut, daß frau schon mal darüber gesprochen hat. Mit Deutlichmachung hat die „Linkspartei“ die Schuld an der Kanzlerschaft von Frau Merkel der SPD zugewiesen. Die eigene Basis kann ruhig weiter schlafen. Alles geht mit rechten Dingen zu.

Nimmt man die **Logik von Tarifverhandlungen** als Referenzwert, dann hat Frau Buchholz hiermit signalisiert, daß man durchaus bereit ist, sich nach guter alter Tradition an den **Verhandlungstisch** zu setzen. Was Frau Buchholz als Verhandlungsmasse benannt hat, sind dann die Maximalforderungen, denen die Minimalforderungen von Rot/Grün gegenüberstehen.

Man wird sich dereinst, wie immer, in der Mitte treffen.

Ungelöste Probleme der PDS treffen auf ungelöste Probleme der WASG

„Ich zähle täglich meine Sorgen“ Deutsche Schlagerweisheit

Die Übergabe des Mitgliederbestandes der WASG in den Fundus der PDS ist in vollem Gange. Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß die neuen Besitzer der Mitgliederkarteien damit so recht glücklich werden.

Auch ist anzunehmen, daß die augenblickliche Handhabung der Übernahme ihren geistigen Mentoren Michael **Brie** und Ralf **Krämer** einiges Grausen bereiten wird. Denn es gibt an verschiedenen Orten **recht unerfreuliche Szenen** im **Gerangel** um aussichtsreiche Listenplätze bei der neuen Einheitspartei. Zudem werden die übernommenen Mitglieder der WASG schon jetzt ungeniert zu kostenlosen Plakatklebern und Flugblattverteilern degradiert. Anstelle einer **geschmeidigen Gewöhnung** an das neue Regiment entstehen **lautstarke Reibungen**.

Doch das ist nur das Vorspiel zu weit größeren Dilemmata. Denn die PDS bringt in die Ehe das ungelöste Problem einer **Überalterung** ihrer Mitglieder, sowie eine nicht aufgelöste **Dreiteilung** ihrer programmatischen Orientierung ein. Um diese allein schon gravierende Misere der PDS wird jetzt die Misere der WASG als **Schutzmantel** herumgelegt.

Die **WASG** wurde nämlich zusammengesetzt aus der Gruppe von **sozialdemokratischen Gewerkschaftlern**, zu denen sich eine andere Gruppe von **Linksintellektuellen** aus dem **PDS-Umfeld** gesellte. Die Gewerkschaftsgruppe brachte eine Vernetzung mit ein, die die WASG in ihrem Stellenwert von vorneherein von isolierten Parteigründungen wie der „Pogo-Partei“ abhob. Der Nachteil dabei ist, daß die Gewerkschaftler ihren **Politikstil** mit einbrachten, jenen Stil der **„Verabredungen in verrauchten Hinterzimmern“**, wie Rilling/Spehr zutreffend feststellen.

Damit diese Milieus sich nicht gegenseitig blockierten, kam es zu einem Politikstil der **Vermeidung von kitzligen Themen**. Der **Konsens** wurde mit **Inhaltslosigkeit** erkaufte. Statt eine breite **Programmdiskussion** in den Ortsgruppen anzustoßen, wurde immer verwiesen auf die Bremer Memorandumgruppe.

Die Inhaltslosigkeit der WASG wurde deutlich, als im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen als Erkennungszeichen die Farbe **Orange** gewählt wurde. Dies mit Bezug auf die gerade vollzogene „Demokratiebewegung“ in der **Ukraine**. Ohne das Thema hier ausführen zu können, sei nur angedeutet, daß die Protagonisten jener „Demokratiebewegung“ in den USA ausgebildet worden sind, und nach ihrer Machtergreifung sofort in neoliberaler Manier den öffentlichen Dienst der Ukraine mit Massenentlassungen ausgedünnt haben; weiterhin wurden militante Antisemiten in hervorgehobene Stellungen befördert.

Auffällig ist immer wieder das hohe Maß an politischer **Uninformiertheit** in WASG-Kreisen und die Unwilligkeit, dagegen etwas zu tun.

Ein anderes ungelöstes Problem der WASG sind die **Doppelmitgliedschaften**. Die ursprüngliche Idee war ja die einer **Sammlungsbewegung** unter dem Dach der WASG, wie es Sabine **Lösing** formulierte: „Es gibt eine klare Aussage, daß wir keine Listenbündnisse eingehen werden. Gleichzeitig definieren wir uns als ein Wahlbündnis, das nur deshalb die Form einer Partei annimmt, weil man anders nicht zur Bundestagswahl antreten kann.“ (jW, 23.11.04).

Als einzige geschlossene Gruppe in der WASG hat sich bislang die **Sozialistische Alternative SAV** an diesen Kodex gehalten, und sich konsequent geoutet. Es wimmelt jedoch in der WASG, auch und grade in den Vorständen, von nicht geouteten **PDS-, DKP-, MLPD-, RSB-Mitgliedern**. Die genannten Gruppierungen sind z.T. strikte **Kadergruppen** mit rigider Gruppenraison. Wem gehört die **prioritäre Loyalität** dieser Leute? Der WASG, der MLPD oder einer Bürgergruppe? Das normale, ungebundene WASG-Mitglied wird durch diese **stillen Übereinkünfte** der Gruppen hinter der Gruppe, die sich alle erkennen und sich nichts

antun, massiv hinters Licht geführt. Da arbeiten IG Metall-Mitglied Klaus **Ernst**, PDS-Mitglied Joachim **Bischoff** (geoutet) und Trotzlist Thies **Gleiss** (nicht geoutet) einander zu.

Eine **unnatürliche Koalition**.

Wie lange werden diese ungleichen Partner, die sich in den Siebziger Jahren blutige Fehden geliefert haben, zusammenhalten?

Die WASG verfügt auch über Mitglieder, die noch **nie zuvor politisch aktiv** waren. Diese Leute hätten neue Ideen und Konzepte einbringen können. Aber sie sind ganz schnell von den alten **Drahtziehern** ausgebootet worden, die schon seit 35 Jahren eine Initiative nach der anderen an die Wand gefahren haben.

Es ist schwer vorstellbar, daß eine solche unlösbare **Verknäuelung** im Bundestag für zukunftsfähige innovative Politikansätze stehen könnte.

Mühlstein Lafontaine

Monsieur, Monsieur; ich habe Sie erkannt.

Monsieur, Monsieur, Sie sind sehr charmant und sehr galant,

Doch eines tut mir weh:

Ich glaub' Sie sind nicht treu, Monsieur!

Und auf diese verhängnisvolle Verknäuelung wird der ehemalige SPD-Vorsitzende **Oscar Lafontaine aufgepfropft**. Lafontaine hat gleich deutlich gemacht, daß er nur für den Fall einer solchen Verknäuelung überhaupt zur Verfügung steht.

Lafontaine hat bislang jedoch nicht die Mühe aufgebracht, sich mit den Grundpositionen der WASG-PDS ernsthaft zu befassen. Vielmehr schüttelt er im geistigen **Freistilringen** politische Losungen aus dem Ärmel, über die man sich nur wundern kann. Der Lafontaine aus Glanzzeiten hatte fähige Berater um sich wie z.B. **Ottmar Schreiner, Rainer Klimmt, Heiner Flassbeck oder Kajo Koch-Weser**.

Jetzt muß Lafontaine sich seine Ideen selber ausdenken.

Und die **Entzauberung des politischen Wunderheilers** geht rasch vonstatten. Denn was Lafontaine neuerdings aussondert, ist **provinziell** und **inkonsistent**. Da dekretiert Lafontaine, die **Türkei** dürfe nicht in die EU. Daß WASG-Mann Murat **Cakir** ganz anderes dazu gesagt hat, stört weder Lafontaine noch Cakir. Lafontaine richtet die öffentliche Aufmerksamkeit auf sog. „**Fremdarbeiter**“ anstatt auf die **Bolkestein-Richtlinie**. In der Illustrierten „**Bunte**“ **lobt Lafontaine Hartz IV**, denn dieses Projekt ermögliche „die intensivere Betreuung von Arbeitslosen“. Dortselbst spricht Lafontaine vornehmlich über seine Position gegenüber **Gerhard Schröder**.

Eine Anhebung des Niveaus der neuen Knäuel-„Linkspartei“ durch den Neuerwerb Lafontaine ist bislang nicht festzustellen.

Bürokratie gerettet – Zukunftsoption im Kindbett erwürgt

In seinen Armen, das Kind war tot. Goethe, Erlkönig

Was ist also bei der verlustreichen Operation „Linkspartei“ herausgekommen?

Wer profitiert davon?

Es spricht vieles dafür, daß der PDS-Etikettenschwindel „Linkspartei“ zumindest zu einer erneuten Präsenz der PDS im nächsten Bundestag führen wird, möglicherweise sogar in Fraktionsstärke. Das ist ein großer Triumph für die Selbsterhaltung des bürokratischen Apparates der PDS.

Der Sterbeprozess ist um vier kurze Jahre aufgehalten.

Hauptamtliche Mitarbeiter der PDS müssen vorerst nicht entlassen werden. Weit davon entfernt, irgendwelche langfristigen Ziele wie: Weltrevolution oder auch nur: sozialen Fortschritt vor Augen zu haben, geht es nur noch um das nackte Überleben des dreifaltigen Organismus PDS und seiner Peripherie. Die Operation ist zunächst einmal geglückt: neue kostenlose Plakatkleber und Flugblattverteiler sind unter der Losung des sozialen Aufbruchs geködert worden. Die PDS hat durch einen faulen Trick etwa 3.000 neue Mitgliedsbeitragzahler rekrutiert. Die Kassen füllen sich zudem mit den Millionen Euro aus der Wahlkampfkostenrückerstattung.

Auf der Strecke bleibt jene Zukunftsoption, für die die gutwilligen Mitglieder der WASG standen. Der Versuch einer Sozialpartei neuen Typs ist zunächst fehlgeschlagen. Oder sagen wir besser: mutwillig pervertiert worden. Die Hoffnung von Millionen von Wählern wird wieder einmal, und diesmal besonders schmachvoll, getäuscht.

Wie werden die Menschen reagieren?

Werden sie, wie es die neoliberale Presse hofft, die die „Linkspartei“ so tatkräftig aufbläst, in wehrlose Apathie verfallen?

Oder bei nächster Gelegenheit NPD wählen?

Auf jeden Fall ist der Schaden immens, der Ansehensverlust gewaltig.

Ob die Menschen noch einmal einer möglichen Sozialpartei neuen Typs ihr Vertrauen schenken werden, ist ungewiß.

Anhang

Der personelle Kern der neuen „Linkspartei“

Axel Troost: * 1.9.1954 in Hagen, ansässig in Bremen

Mitglied im vierköpfigen geschäftsführenden **Vorstand** der **WASG**. Mitglied im **Bund demokratischer WissenschaftlerInnen**.

Promovierter Ökonom. Seit 25 Jahren Mitglied in der **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik** (die sog. **Memorandum-Gruppe**). Dort auch Geschäftsführer.

Troost ist Geschäftsführer des **Progress-Institut für Wirtschaftsforschung GmbH (PIW)**. Diese Gesellschaft erstellt Gutachten für öffentliche und private Auftraggeber, die Arbeitsförderungsmaßnahmen ergreifen oder Sozialpläne bei Personalabbau vornehmen wollen. Weiterhin führt diese Gesellschaft Schulungen durch.

Troost ist Begründer und Mitinhaber des **Büros für Strukturforchung Rostock GmbH (Büstro)**. Dort war Troost ebenfalls von 1991 bis 2001 Geschäftsführer. Von 1998 bis 2001 war Troost Initiator und Koordinator für „**Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderprojekte**“ (**GAP**) in **Mecklenburg-Vorpommern**.

Der **SPIEGEL** berichtete in einem Print-Artikel am **27.6.2005** über Troosts Tätigkeit im Auftrag des mecklenburg-vorpommerschen PDS-Ministers für Arbeit, Bau und Landesentwicklung, **Helmut Holter**. Im Rahmen des Ministeriumsprojektes „**Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor**“ (**ÖBS**) habe Troosts **BÜSTRO** eine umfangreiche Machbarkeitsstudie angefertigt. Für das Management der **GAP** habe die **BÜSTRO** zwischen 1999-2000 aus dem Ministerium ein Honorar von 671.935 DM erhalten. Für Beratungsleistungen März-Dezember 2000 noch einmal 44.940 DM. Im Jahre 2001 habe Troost die o.g. Tätigkeiten im „Gutachten über die bisherigen Erfahrungen und Erfolge der **GAP**“ vom Ministerium 56.460 DM erhalten. Also ein Gutachten über seine eigene Arbeit

angeliefert. Bei der miserablen Recherche-Qualität, die beim SPIEGEL normal ist, muß man diese Zahlen und deren Bewertung mit großer Reserve behandeln.

Erneut ins Gerede kam Axel Troost durch einen Bericht des ARD-Politik-Magazins „**Report München**“ vom **11.7.2005**. Das der CSU nahestehende Magazin berichtete über ca. 70.000 Euro Wahlkampfspenden für die Landtagswahl der WASG in Nordrhein-Westfalen, die Troost acquiriert hatte, und über deren Herkunft er keine Auskunft geben möchte. Berichtet wird sodann noch durch ein Zeugnis von **Evelyn Wittich**, daß Troost rege Kontakte zur **Rosa-Luxemburg-Stiftung** pflege. Die Befunde von Report München sind äußerst dürftig. Allerdings geht auch die Entgegnung von WASG-Pressesprecher **Murat Cakir** mit keinem Wort auf die ungeklärte Herkunft der Wahlkampfspenden ein.

Axel Troost ist bislang der einzige führende WASG-Politiker, der von der Presse angegriffen worden ist.

Quellen: SPIEGEL 27.6.2005

Report München, 11.7.2005. Sendemanuskript unter: www.br-online/daserste/report/archiv/2005/00255/

Entgegnung von Murat Cakir: www.wasg-nrw.ede/48+M570cc62bc79.0.html

Ralf Krämer

* 1960 in Dortmund. Sekretär beim Bundesvorstand von ver.di. Dort tätig im Bereich Wirtschaftspolitik.

Juso-Vorsitzender in Nordrhein-Westfalen, später im SPD-Landesvorstand NRW.

1999 Austritt aus der SPD.

2001 Eintritt in die PDS. Tätig im Landesvorstand NRW der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Von 1994 bis 2000 geschäftsführender Redakteur der „Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft“

Thies Gleiss

Mitglied im erweiterten Bundesvorstand der WASG und im Landesvorstand der WASG Nordrhein-Westfalen.

Maschinenschlosser und Betriebsratsvorsitzender in einer Kölner Werkzeugmaschinenfabrik, Mitglied der IG-Metall-Delegiertenversammlung.

Mitglied der Zeitschrift „Imprekorr“. Imprekorr ist das Organ des trotzkistischen Revolutionär Sozialistischen Bundes (RSB), der der IV. Internationale angeschlossen ist.

Verwendete Literatur

Ralf Krämer: Für eine wahlpolitische Alternative. Erweiterter Entwurf, 5.2.2004

André Brie, Michael Brie, Michael Chrapa: Grundprobleme der Erneuerung der PDS. Ende 2002 als Text der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Michael Brie: Ist die PDS noch zu retten? Analysen und Perspektiven. Mai 2003 als Text der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Christine Buchholz: Eine linke Koalition? Linksruck Nr. 204, 20. Juli 2005

Rainer Rilling/Christoph Spehr: Die Wahl 2006, die Linke und der jähe Bedarf an Gespenstern ... In: Standpunkte Nr.6/2005

dies.: Guten Morgen, Gespenst! In: Standpunkte Nr. 8/2005

Das Sahra Wagenknecht-Zitat unter:

http://www.sahra-wagenknecht.de/de/html/auf_dem_weg_in_den_mainstream.php

„Der Weg zu einer neuen Partei? Eine Dokumentation“ in: Mitteilungen der
Kommunistischen Plattform der PDS, Heft 7/2005

Hermann Ploppa: Frischzellenkur für die PDS. Ein Radiobeitrag für die Freien Radios
unter: www.Freie-Radios.net Nr. 9786

Das Sendemansukript sowie die Abschriften der Interviews und Redebeiträge können
eingesehen und heruntergeladen werden unter:

http://zsbm.tarkon.de/content/050727_sp_frischzellenkur.html

ders.: Zweiter Frühling dank WASG. Bericht vom WASG-Sonderparteitag 3.7.05 in Kassel

unter: www.Freie-Radios.net Nr. 9769

ders.: Fremdarbeiter, die Zweite. Lafontaine auf dem WASG Sonderparteitag

unter: www.Freie-Radios.net Nr. 9749

ders.: Warum läuft Herr L. Amok? Lafontaine, Fremdarbeiter und die Türkei

unter: www.Freie-Radios.net Nr. 9703